

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

27. Juni 1946

Blatt 960

Samstag Wiener Landtag und Gemeinderat

=====

Samstag, den 29. ds. tritt der Wiener Landtag um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung ein Verfassungsgesetz, betreffend die Änderung der Grenzen zwischen den Bundesländern Niederösterreich und Wien (Gebietsänderungsgesetz) steht. Es handelt sich dabei um die gesetzliche Festlegung einer zwischen den Landesregierungen von Niederösterreich und Wien getroffenen Vereinbarung, betreffend geringfügige Änderungen der Gebietsgrenzen zwischen den beiden Ländern. Bekanntlich haben solche Verhandlungen im Rahmen der Vorbereitungsverhandlungen für die Wahlen vom 25. November 1945 stattgefunden. Sie wurden damals bei Abgrenzung der Wahlkreise notwendig. Die dabei getroffene Vereinbarung mußte nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen in gleichlautenden Gesetzen der beiden Bundesländer festgehalten werden. Die beiden Landesregierungen haben solche Gesetze beschlossen, diese wurden aber nicht verlautbart. Der Wiener Landtag hat den Beschluß der Wiener Landesregierung am 14. Februar 1946 bestätigt, dagegen ist das gleichlautende niederösterreichische Landesgesetz nicht zustande gekommen, weil die Vertreter von Niederösterreich einige geringfügige Grenzberichtigungen vorgeschlagen haben. Das Ergebnis der darüber geführten Verhandlungen besteht in der Abtretung des nördlichen Teiles des Kuchelauer Hafengebietes, einschließlich der Chemosan-Fabrik, an Niederösterreich, wogegen das Gebiet der Katastralgemeinden Hadersdorf und Weidlingau bei Wien verbleibt.

Gemäß Artikel 3 des Bundesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 hat eine Änderung von Landesgrenzen durch übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und der Länder zu erfolgen, deren Gebiete eine Änderung erfahren. Das zu erlassende Bundesverfassungsgesetz wird über den gleichen Wort-

laut der beiden Landesgesetze hinaus noch eine Reihe von Bestimmungen enthalten, die die Beilegung von Streitigkeiten, die sich allenfalls aus der Auseinandersetzung zwischen Niederösterreich und Wien ergeben können, behandeln.

Geschäftssitzung des Gemeinderates

=====

Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages hält der Wiener Gemeinderat eine Sitzung ab, für die eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung vorliegt. Die Sitzung wird die erste ausgesprochene Geschäftssitzung des neuen Wiener Gemeinderates sein. Auf der Tagesordnung steht der Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Rechnungsjahr 1943/44 und der Bericht des Kontrollamtes zu diesem Rechnungsabschluß. Berichterstatter ist Finanzreferent Stadtrat Honay. Einen weiteren Verhandlungsgegenstand bildet die Fristerstreckung für die Einbringung von Sparkassendarlehensansuchen zur Wiederherstellung beschädigter Wohngebäude. Die vom Stadtsenat mit Beschluß vom 11. September 1945 festgesetzte Frist für die Einbringung von Darlehensansuchen zur Wiederherstellung beschädigter Wohngebäude und Gebäudeteile unter der Bürgschaft der Stadt Wien, soll bis zum 31. Dezember 1946 erstreckt werden, um auch jenen Bauwerbern die Vorteile dieser städtischen Bürgschaft zuteil werden zu lassen, die infolge des herrschenden Mangels an Baumaterial und Arbeitskräften den Beginn der Wiederherstellungsarbeiten ihrer kriegsgeschädigten Häuser verschieben mußten.

Stadtrat Honay wird ferner über einen Antrag des Stadtsenates referieren, der die Gründung einer Wiener Baubedarfs-gesellschaft m.b.H. betrifft, an deren Betriebskapital sich die Gemeinde mit einer Stammeinlage von 102.000 S zu beteiligen beabsichtigt. Schließlich wird Stadtrat Honay noch die vom Finanzausschuß bereits beschlossene Neufestsetzung des Hebesatzes der Lohnsummensteuer beantragen. Er hat diese schon in der Budgetdebatte des Gemeinderates angekündigt.

GR. Heigelmayr wird einen Mietvertrag mit dem Schulverein Komensky, betreffend das Schulgebäude 20., Vorgartenstraße 95-97, zur Beschlußfassung vorlegen.

GR. Mistingger wird über die Lehrlingsausbildung im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und den teilweisen Ersatz der durch die Führung von Lehrwerkstätten entstehenden Kosten durch die Gemeinde Wien referieren. Der Antrag der dem Gemeinderat vorliegen wird, sieht Ausgaben in einer Höhe bis zu 300.000 S im Kalenderjahr 1946 für die beiden Lehrwerkstätten für Metall- und Holzbearbeitung vor.

Über Nachtragskredite für das Rechnungsjahr 1944 wird Gemeinderat Dipl.Kfm. Nathschläger referieren. Es handelt sich um die nachträgliche Genehmigung von Ausgaben in der Höhe von 17.973.52 S für die Behebung von Kriegsschäden an Badeanlagen und von 675.000 S für die Behebung von Kriegsschäden am Wiener Kanalnetz.

GR. Fesniozek wird einen Pachtvertrag mit der Praterbetriebsgesellschaft m.b.H. über die Grundflächen, auf denen der Volksprater neu entstehen soll, beantragen.

GR. Dr. Robetschek wird eine außerplanmäßige Ausgabe von 40.000 S für den Bau der Schweinemastanstalt in Hetzendorf zur Genehmigung unterbreiten.

GR. Dr. Soswinsky wird die Erhöhung des für die Abfuhr des Bauschuttes durch die Baustoffabtransport- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. vorgesehenen Interimskontos von 500.000 S auf 800.000 S beantragen.

Ein weiteres Referat des gleichen Berichterstatters betrifft die Neuanschaffung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen mit einer Kostenhöhe von 15.000 S.

Über Subventionen von 6.000 S an den Verband der Körperbehinderten Österreichs, wird GR. Amalie Resniczek und in der Höhe von 30.000 S als "Preis der Stadt Wien" an den Wiener Trabrennverein und von 2.500 S unter dem gleichen Titel an den Wiener Rennverein GR. Weigelt Bericht erstatten. Die beiden letzteren Subventionen erscheinen durch den Erlös einer Sonderpostmarke gedeckt.

Vizebürgermeister Weinberger wird dem Gemeinderat über die Festsetzung der Einschreibgebühr zur Behandlung in den Schulzahnkliniken, die für ein Schuljahr 1.-S pro Kind betragen wird und von deren Zahlung Arbeitslose und minderbemittelte Eltern befreit werden können, Bericht erstatten.

Schließlich werden dem Gemeinderat zwei Anträge vorliegen, die die nachträgliche Genehmigung von Verfügungen des Bürgermeisters gemäß § 93 der Gemeindeverfassung zum Gegenstand haben. GR. Wiedermann wird über die vom Bürgermeister bei Eröffnung der Sommerbäder in Kraft gesetzten neuen Badespreise referieren.

Der zweite Antrag betrifft die Gewährung von Vorschüssen an die Bediensteten der Gemeinde Wien mit niederen Bezügen. Es handelt sich um die Auszahlung von Vorschüssen in der Höhe von S 25.- monatlich an die Bediensteten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen auf eine künftige Bezugsregelung, sofern ihr Monatsbezug ohne Familien- und sonstige Zulagen 172.- S nicht erreicht.

Schlußfeier auf der Sängervarte

=====

"Der Erzieher soll das Kind zwei Dinge lehren: Frieden und Arbeit, und ein Ding verabscheuen: Krieg". Dieser Spruch, der in einem der hellen Räume der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieher der Stadt Wien auf der idyllisch gelegenen Sängervarte in Ottakring, angebracht war, charakterisiert wohl am besten das Leben und Wirken in diesem Institut. Erst vor einem Jahr wurde diese Bildungsanstalt ins Leben gerufen. Damals war das Haus verwahrlost und erst dem gemeinsamen Zupacken von Lehrern und Schülern und der Initiative der Gemeinde Wien ist es zu danken, daß jenes sonnige Heim daraus wurde, wie es sich gestern anlässlich der Schlußfeier des ersten Jahrganges seinen Gästen vorstellte. Neben dem geschäftsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner und den Stadträten Afritsch und Dr. Freund waren viele Fachleute des Unterrichtswesens erschienen. Eingebaut in den Rahmen eines großen künstlerischen Programmes berichteten Sprecherinnen und Sprecher aus der Mitte der Schüler in freier Rede über das Leben in der Schule und über ihre Arbeit. Neben dem Besuch der theoretischen Unterrichtsfächer, unter denen Gesellschaftslehre an erster Stelle steht, gehen die Zöglinge wöchentlich zwanzig Stunden in die Kindergärten und Hortbetriebe, um dort praktisch mitzuarbeiten und um in ihren späteren Wirkungsbereich Einblick zu nehmen. Sie sind dort keine

Gäste sondern helfende Kräfte. Aus der täglichen langen Beschäftigungsdauer durch Praxis und Unterricht ergeben sich aber auch die Nachteile, daß die Schüler für viele bildnerische Dinge zu wenig Freizeit haben und daß sie dauernd hungrig sind. Jeder Samstag klingt in Wochenfeiern aus, in denen echte Musik, schöne Lieder und gute Literatur zum Erlebnis gestaltet werden. Erwähnenswert ist, daß die körperlich-musikalische Erziehung der Zöglinge Frau Prof. Chladek übernommen hat. Große Bedeutung wird der manuellen Arbeit, der Handfertigkeit und dem Zeichnen beigemessen. Daß dieses Bemühen auch zum Erfolg führt, beweist eine gelungene Ausstellung von Schülerarbeiten, die insbesondere schöne Scherenschnitte, Tonarbeiten, selbstgefertigtes Spielzeug und verschiedene Gebrauchsgegenstände zeigte. Man kann es dem Leiter der Anstalt, Direktor Matitschka, ohne weiteres glauben, wenn er sagt, daß es in seinem Institut keine traurigen Gesichter gibt. Jeder kennt und hilft dem anderen in dieser tüchtigen und lebensfrohen Gemeinschaft, die sich die Zöglinge der Sängerswerkschule der Stadt Wien auch für späterhin bewahren wollen.

Hotel unter der Erde

=====

Die Frage, welche Verwendung die Luftschutzbauten in Friedenszeiten finden sollen, wird in der Öffentlichkeit mit viel Interesse diskutiert. Der Wiener Verkehrsverein hat an einem Beispiel gezeigt, was man aus einem Luftschutzbunker machen kann. Heute vormittags wurde in Anwesenheit des Bürgermeisters General a.D. Körner, des Präsidenten des Nationalrates Kunschak, der Stadträte Novy, Bohrhofer und Dr. Katejka, des Bezirksvorstehers Hayek, des Baudirektors Dipl. Ing. Gundacker und vieler Vertreter von Behörden, des Gast- und Hotelgewerbes, der Presse und anderer, der als Nothotel eingerichtete Luftschutzbunker beim Westbahnhof seiner neuen Bestimmung übergeben. Bürgermeister Körner wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß das "Hotel unter der Erde" eine Einrichtung ist, die den besonderen Verhältnissen unserer Zeit ihr Entstehen verdankt. Solange die Verkehrs- und Sicherheitsverhältnisse in Wien nicht normalisiert sein werden, wird das reisende Publikum diese behelfsmäßige Einrichtung sicherlich sehr begrüßen. Der Bürgermeister forderte die anwesenden Vertreter der Behörden und der Wirtschaft auf, durch Tatkraft und Fleiß den Wiederaufbau unserer Stadt zu beschleunigen und der Weltöffentlichkeit den Beweis zu erbringen, daß Wien und Österreich lebenswillig und lebensfähig sind. Präsident Kunschak, vom Bürgermeister dazu eingeladen, nahm sodann die Eröffnung des Nothotels vor.

Die Gäste besichtigten sodann die Räume des Bunkers, die zwar bescheiden aber zweckmäßig eingerichtet sind und 400 Sitzplätze und etwa 100 Liegeplätze, die vor allem Frauen und Kindern reserviert sind, sowie eine Gepäckabgabe, ein Büfett, einen Telephonautomaten und eine Auskunftsstelle vorsehen. Alle Räume sind frisch getüncht und mit Bildern der österreichischen Landschaft geschmückt. Blumen und grüne Pflanzen geben den Räumen eine gewisse Behaglichkeit.

Die Gemeinde Wien und der Wiener Verkehrsverein haben mit dieser Einrichtung den Beweis erbracht, daß zu jeder Zeit das Mögliche und Zweckdienliche geschieht.

Schülerausspeisung für Fortbildungsschüler

=====

Der Stadtschulrat für Wien gibt bekannt:

Die Schüler der Fortbildungsschulen, die an der Schülerausspeisung während der Ferien teilnehmen wollen, können sich bei der Direktion ihrer Anstalt eine Berechtigungskarte beheben. Dort erfahren sie auch, an welcher Schule ihres Wohnbezirkes die Ausspeisung stattfindet.

Die Schüler werden also aufgefordert, sich umgehend bei ihrer Schule zu melden.